Nr. 486. — Zweites Blatt.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Donnerstag, 15. Oktober 1896.

Verantwortlicher Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Deutschland.

Berlin, 15. Oktober. Nach dem Rezept der Franzosen könnten wir jetzt die Gelegenheit benutzen, schreibt die „National-Ztg.", die Thatsache der Anwesenheit des Leiters des russischen Ministeriums des Auswärtigen, Herrn Schischkin, in Berlin und seines Empfanges beim Kaiser, dem Reichskanzler Fürsten Hohenlohe und dem Staatssekretär von Marschall zu einer hohen politischen Bedeutung aufzubauschen. Wir verzichten jedoch darauf und konstatiren einfach, daß Herr Schischkin auf der Rückreise von Paris nach Petersburg einen 24stündigen Aufenthalt in Berlin genommen, daß er, entsprechend den guten Beziehungen zwischen der deutschen und russischen Regierung, unsere leitenden Staatsmänner besucht und deren Gegenbesuch empfangen, und daß er von unserem Kaiserpaar zur Frühstückstafel im Neuen Palais eingeladen worden. Einen besonderen politischen Zweck hat sein Aufenthalt in Berlin nicht gehabt und zu besonderen Verhandlungen lag auch kein Anlaß vor.

— Durch einen Theil der deutschen Presse läuft die Behauptung, der Grund, weshalb der Zar in seinen Trinksprüchen das Wort „Bündniß" nicht gebraucht habe, liege darin, daß der Präsident der französischen Republik durch die Verfassung verpflichtet sei, Bündnißverträge dem Parlament vorzulegen. Diese Behauptung, die in Bezug auf die Vollmachten des Präsidenten einen Unterschied zwischen Bündnißverträgen und Verträgen anderer Art konstruiren möchte, ist unrichtig. Der den Fall regelnde Artikel 8 des Verfassungsgesetzes vom 16. Juli 1875 lautet vielmehr:

„Der Präsident der Republik geht Verträge ein und unterzeichnet sie. Er giebt den Kammern davon Kenntniß, sobald das Interesse und die Sicherheit des Staates es gestatten. Friedens- und Handelsverträge, Verträge, bei denen die Staatsfinanzen in Betracht kommen, ferner solche, die sich auf das persönliche Verhältniß und das Eigenthumsrecht von Franzosen im Auslande beziehen, werden erst endgültig, wenn beide Kammern sie genehmigt haben. Abtretung, Austausch und Zuwachs von Gebiet kann nur kraft eines Gesetzes stattfinden."

Die spitzfindige Auslegung, die die Verpflichtung, Bündnißverträge den Kammern mitzutheilen, aus der Bestimmung herleiten wollte, daß dabei die Staatsfinanzen in Betracht kämen, dürfte ernstlich nicht in Betracht kommen. Es müssen also wohl andere Gründe sein, die es dem russisch-französischen Zweibunde angemessen erscheinen lassen, im Verborgenen zu blühn, und in Frankreich würde die Regierung zweifellos etwaige Anfragen wißbegieriger Volksvertreter mit den Worten der Verfassung niederschlagen, das Interesse und die Sicherheit des Staates gestatteten ihr nicht, zu antworten.

— Das Aeltesten-Kollegium der Berliner Kaufmannschaft hat ein ausführliches, über 50 Druckseiten füllendes Gutachten über den Entwurf eines Handelsgesetzbuchs erstattet. In dem Schreiben, mit dem das Gutachten dem Reichsjustizamt überreicht wird, spricht das Aeltesten-Kollegium zugleich den Wunsch aus, daß bei der reichsgesetzlichen Regelung des Registerverfahrens die Mitwirkung der Handelsorgane bei Führung des Handelsregisters, insbesondere bei der Entscheidung über die Eintragungsfähigkeit und die Eintragungspflicht festgestellt und geordnet werde. Weiter sagt das Aeltesten-Kollegium:

Nach einer Anmerkung zu § 16 des Entwurfs soll im Einführungsgesetze die Ergänzung der Gewerbeordnung durch einen neuen § 15a bestimmt werden, in welchem vorgeschrieben wird, daß Gewerbetreibende, die einen offenen Laden haben, verpflichtet seien, ihren persönlichen Namen, Kaufleute aber, die eine Handelsfirma führen, zugleich die Firma, wenn aus dieser der persönliche Name des Geschäftsinhabers nicht zu ersehen ist, am Laden anzubringen. Dieser Vorschrift, die auch auf offene Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien mit der Maßgabe Anwendung finden soll, daß für die Namen der persönlich haftenden Gesellschafter gelte, was in Betreff der Namen der Gewerbetreibenden bestimmt ist, müssen wir widersprechen. Die Ausübung eines Zwanges auf den Gewerbetreibenden, der einen offenen Laden besitzt, zur Anbringung seines persönlichen Namens an diesem vermögen wir überhaupt als gerechtfertigt nicht zu erachten. Vollends unerfindlich ist uns aber, weshalb ein Zwang zur Anbringung des persönlichen Namens neben der Firma auch bei Kaufleuten bestehen soll, deren Firma in das Handelsregister eingetragen ist, da dieses von jedermann eingesehen werden kann und auch den persönlichen Namen des Firmeninhabers enthält, wie dies in gleicher Weise mit den bürgerlichen Namen der persönlich haftenden Gesellschafter bei eingetragenen offenen Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien der Fall ist. Durch Einsicht des Registers kann sich also ein Jeder über die betreffenden Kaufleute und persönlich haftenden Gesellschafter unterrichten, auch wenn deren bürgerliche Namen am Laden nicht angebracht sind. — Nachdem durch das Bürgerliche Gesetzbuch die Schwierigkeiten beseitigt sein dürften, welche der Einführung gleichmäßig für das ganze Reich anwendbarer Bestimmungen über die Herstellung einer pfandrechtlichen Sicherung der Pfandbriefe hinsichtlich der ihnen zu Grunde liegenden hypothekarischen Forderungen bisher entgegengestanden haben, hegen wir den dringenden Wunsch, daß eine reichsgesetzliche Regelung dieser Materie nunmehr in Angriff genommen werde. Einer solchen Regelung bedürfen aber ferner, namentlich in Betreff der Art der Wahrnehmung der Rechte der Gläubiger gegenüber dem Schuldner, die Rechtsverhältnisse der Inhaber solcher Theilschuldverschreibungen, welche, auch ohne daß darin irgend eine Sicherheit bestellt wird, von Banken und industriellen Unternehmungen in sehr erheblichen Beträgen ausgestellt werden und alsbald in den Handel gelangen. Wir verfehlen nicht, auch auf diesen Gegenstand die Aufmerksamkeit des Reichsjustizamts unter dem Ersuchen zu lenken, denselben mit gesetzgeberischen Maßnahmen näher treten zu wollen.

— Die Petersburger „Börsenztg." schränkt ihre Meldung über eine bevorstehende Konferenz von deutschen und russischen Vertretern zur Nachprüfung einiger Artikel des deutsch-russischen Handelsvertrages wie folgt ein:

„Die Meldung, in Petersburg würden Berathungen von Vertretern des deutschen und des russischen Finanzressorts zwecks Revision des deutsch-russischen Handelsvertrages stattfinden, erscheint, wie man uns jetzt mittheilt, zum Mindesten verfrüht. Thatsächlich haben zwischen den Regierungen der beiden Länder Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Anwendung des Zolltarifes bestanden, jedoch finden gegenwärtig Verhandlungen statt und man darf hoffen, daß diese Meinungsverschiedenheiten schon bald beseitigt sein werden. Von einer allgemeinen Revision des bekanntlich auf die Dauer von 10 Jahren abgeschlossenen Handelsvertrages kann überhaupt nicht die Rede sein."

Diese Darstellung entspricht, wie wir erfahren, dem thatsächlichen Sachverhalt.

— Wie die „Frankf. Ztg." aus Berlin erfährt, hat der Direktor der Kolonialabtheilung des Auswärtigen Amtes, Dr. Kayser, sein Abschiedsgesuch eingereicht. Das Blatt glaubt zu wissen, die Ernennung Dr. Kaysers zu einem anderen hohen Amte im Reichsdienst sei in Aussicht genommen.

— Die „Berl. Korresp." bezeichnet die Meldung eines Berliner Blattes aus Posen, wonach den dorthin versetzten katholischen Lehrern aus Westfalen eine Zulage zugesichert und zum Theil nicht gewährt worden sei, in der vorliegenden Form für nicht zutreffend. Eine weitere, nur nach Anhörung der zuständigen Behörden mögliche Aufklärung wird binnen Kurzem erfolgen.

— Der belgische Major Lothaire, welcher den englischen Händler Stokes ermordete, um sich des von diesem gesammelten Elfenbeins zu bemächtigen und es vor der Ausfuhr nach Deutsch-Ostafrika zu bewahren, fährt fort, höchst bezeichnende Eigenschaften zu entwickeln. So hat er jetzt seine vor einigen Monaten stattgehabte Verlobung ohne Angabe von Gründen abgebrochen, indem er die erste Ankündigung dieses Entschlusses der Braut und deren Familie durch die Presse zukommen ließ. In den Zeitungsannoncen hieß es, daß „die Gründe zu diesem Schritt das Publikum in keiner Weise angehen". Die Mutter der sitzengelassenen Braut, Frau von Hecke, hat beschlossen, zur Wahrung des Rufes ihrer Tochter Klage anzustrengen. Sie vermuthet, daß Lothaire zurücktrat, weil ihm das Mädchen nicht vermögend genug war.

Major Lothaire hat nach einer Londoner Meldung des „Temps" den Dienst des Kongostaates verlassen, um sich nach Madagaskar zu begeben.

— Die Nothwendigkeit der Simultanschule in den Landestheilen mit konfessionell und sprachlich gemischter Bevölkerung tritt wieder deutlich hervor, wenn man die neuerdings vom Kultusministerium veröffentlichte Analphabetentabelle einer eingehenderen Betrachtung unterzieht. Zunächst wird man an die Verwerflichkeit des Mühlerschen Systems recht drastisch dadurch erinnert, daß als Vergleichszahlen die Prozentsätze der im Ersatzjahre 1877—78 in Landheer und Marine eingestellten Mannschaften ohne Schulbildung herangezogen werden. Sie betrugen damals, d. h. also bei den Mannschaften, welche vor 1872 aus der Schule entlassen waren, in Posen 11,20 Prozent, in Westpreußen 9,79 Prozent, in Ostpreußen 6,48 Prozent, in Schlesien 2,22 Prozent und sind jetzt heruntergegangen auf 0,93 Prozent, bezw. 0,66 Prozent, 0,74 Prozent, 0,26 Prozent. Der gewaltige Fortschritt liegt hier auf der Hand, immerhin aber sind die Schulverhältnisse in den östlichen Provinzen, um die es sich ganz besonders handelt, noch keineswegs so, wie sie sein müßten; denn beispielsweise beträgt der Prozentsatz der Analphabeten in Brandenburg nur 0,13, in Pommern nur 0,05, in Sachsen nur 0,04, und in Schleswig-Holstein, Rheinprovinz und Hohenzollern sogar 0,00 Prozent. Noch ungünstiger stellt sich das Verhältniß, wenn man berücksichtigt, daß von den Leuten mit Schulbildung ein beträchtlicher Theil der deutschen Sprache nicht mächtig ist. Im Regierungsbezirk Posen sind es von 7507 Mann 441, also 6 Prozent, im Regierungsbezirk Oppeln von 7123 Mann 161, also 2 Prozent, in Bromberg und Marienwerder unter 1 Prozent. Auch geht man wohl nicht fehl, wenn man die ziemlich hohe Zahl der Analphabeten in den Regierungsbezirken Frankfurt, Köslin, Königsberg und Gumbinnen darauf zurückführt, daß hier der Zuzug polnischer Arbeiter größer als in den andern Bezirken ist; denn daß die Schulen in Brandenburg schlechter wären als die in Westfalen oder der Rheinprovinz, muß man zunächst bezweifeln. Alles in Allem bedarf also das Volksschulwesen in den östlichsten Provinzen nachdrücklichster Förderung, und es muß daher unumwunden ausgesprochen werden, daß davon keine Rede sein kann, wenn sich die Regierung hier auf die Errichtung konfessioneller Schulen versteift, anstatt die Simultanschulen zu fördern, wenn sie mit dem Falkschen System, das doch großartige Resultate erzielt hat, endgültig bricht. Daß man in der Provinz Posen auf dem Lande Schulen findet, wo ein Lehrer 100—200 ja über 250 Kinder zu unterrichten hat, ist leicht an Beispielen nachzuweisen, auch die Schulen mit zwei und drei Lehrern sind oft so überfüllt, daß die Kinder erst mit dem 8. oder 9. Lebensjahre aufgenommen werden können. Vorwiegend sind es Kinder polnischer Zunge und katholischen Glaubens, während an den evangelischen Schulen ein Lehrer 50, 40, ja in einem uns bekannten Falle sogar nur 14 Kinder zu unterrichten hat. Was ist die Folge dieser Schulorganisation? Zunächst wird die deutsche Bevölkerung zerrissen, denn die deutschen Kinder katholischen Glaubens kommen nicht in die kleine Schule, an deren Spitze ein deutscher evangelischer Lehrer steht, sondern in die überfüllte katholische Schule, die zumeist ein polnischer Lehrer leitet. Die Nationalität wird der Konfession zu Liebe also hintenan gesetzt. Anstatt beispielsweise 250 Kinder in einer Schule mit vier Klassen unterzubringen, so daß auf jede Klasse ca. 60 Kinder kämen, die dann von drei Lehrern, nämlich einem der polnischen Sprache mächtigen katholischen Lehrer, einem deutschen katholischen und einem deutschen evangelischen Lehrer, unterrichtet würden, bringt man sie jetzt sämtlich in zwei Klassen hinein, deren eine 200 und deren andere 50 Schüler zählt. Was soll dabei für eine Schulbildung herauskommen! Uebrigens hat sich die Regierung die Hände selbst dadurch gebunden, daß sie den Religionsunterricht thatsächlich allenthalben in der Muttersprache ertheilen läßt. Die Polen wissen ganz genau, was sie mit dieser anscheinend harmlosen Forderung, die sie mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln gar zu gern für Oberschlesien durchsetzen möchten, erreicht haben. An Lehrern, die der polnischen Sprache mächtig sind, fehlt es vielfach in Posen, daher ist die Regierung auch gar nicht in der Lage, die überfüllten Schulklassen zu theilen, selbst ein katholischer Lehrer aus den westlichen Provinzen würde ja nicht Religionsunterricht ertheilen dürfen, sobald er nur Deutsch sprechen kann. Die Landtagssession steht vor der Thür, und man weiß ganz genau, welche Melodien die Herren von Jazdzewski und Genossen wieder anstimmen werden. Es läge im Interesse des Landes, daß die Regierung sich nicht begnügte, die Angriffe und Forderungen jener Herren zurückzuweisen, sondern reinen Tisch machte und in jenen Landestheilen mit der Einrichtung von Simultanschulen energisch vorginge.

Görlitz, 14. Oktober. Anläßlich des 550-jährigen Gedenktages der Gründung des Oberlausitzer Städtebundes veranstaltete die Oberlausitzische Gesellschaft der Wissenschaften in ihrem Gesellschaftshause eine Gedenkfeier, zu welcher Vertreter aus allen sechs Städten Lauban, Bautzen, Zittau, Löbau, Görlitz und Kamenz erschienen waren. Den Vorsitz führte der Präsident der Gesellschaft, Wirklicher Geheimer Rath Dr. v. Seydewitz. Die Festrede hielt der Gesellschaftssekretär Dr. Jecht. Die Feier wurde durch ein Festmahl beschlossen.

Hamburg, 14. Oktober. Dem „Korrespondent" zufolge ist Dr. Kayser bereit, bis zum Abschluß der Verhandlungen des Kolonialraths die Geschäfte weiter zu führen. Der Entschluß zur Demission des Kolonialdirektors stehe nicht im Zusammenhang mit der Affäre Peters, was durch die im Laufe dieses Monats beendete Untersuchung klargestellt werden wird, in der die letzten Zeugenaussagen vorliegen.

Koburg, 14. Oktober. Im ersten Wahlkreis der Residenz ist die Wahl des freisinnigen Kandidaten, Korbwaarenfabrikanten Schindhelm, mit 166 Stimmen gegen 78 Nationalliberale und 46 Sozialisten gesichert.

Darmstadt, 14. Oktober. Der Kaiser und die Kaiserin von Rußland, der Großherzog und die Großherzogin von Hessen sowie die übrigen Fürstlichkeiten nebst Gefolge unternahmen Vormittags in fünf offenen Wagen eine Fahrt nach dem Jagdschloß Wolfgarten, wo sie den Thee einnahmen. Abends kehrten die Herrschaften nach Darmstadt zurück. — Das russische Kaiserpaar hat den Oberbürgermeister von Darmstadt, Morneweg, beauftragt, der Bürgerschaft für den ihm bereiteten würdigen Empfang, für die schöne Ausschmückung der Straßen und Häuser, sowie für den Lampionzug und die Serenade seine lebhafte Anerkennung und Befriedigung auszusprechen.

Mannheim, 14. Oktober. Bei der Stadtverordnetenwahl siegte in der zweiten Klasse die demokratisch-freisinnige Liste mit 976 Stimmen über die nationalliberale Liste, die 720 Stimmen auf sich vereinigte.

Oesterreich-Ungarn.

Pest, 14. Oktober. Die wichtigste Kundgebung in der täglich stürmischer sich gestaltenden Wahlperiode ist diejenige Koloman Tiszas gegenüber einer Abordnung Großwardeiner Wähler, die heute hierher gekommen waren, um dem einstigen Ministerpräsidenten und ihrem langjährigen Abgeordneten neuerdings das Mandat anzubieten. Tisza sprach bei dieser Gelegenheit nur von dem Ausgleich mit Oesterreich und insbesondere von der unerledigten Quotenfrage. Er gab zu, daß diese Frage nicht vereinzelt für sich allein, sondern im Zusammhang mit allen übrigen, die Interessen Ungarns und der Monarchie betreffenden Fragen gelöst werden müsse; er schiebt aber die Schuld an dem bisherigen Nichtzustandekommen des Ausgleiches dem Umstande zu, daß Oesterreich maßlose durch nichts begründete und nur von der Leidenschaft diktirte Forderungen stelle. Von diesen Forderungen müsse Oesterreich abstehen, sonst werde wenn der Ausgleich nicht zu Stande kommt, nicht nur Ungarn geschädigt, sondern auch Oesterreich, und was noch mehr, die Monarchie sei in Gefahr, ihre Großmachtstellung einzubüßen. Sollte dies geschehen, dann werde man im Auslande dort, wo die europäischen Interessen den Fortbestand dieser Monarchie und ihrer Großmachtstellung fordern, auch wissen, daß hieran nicht Ungarn, sondern Oesterreich die Schuld trage.

Frankreich.

Paris, 13. Oktober. Wie man sich erinnert, wollte das Syndikat des französischen Preßvereins dem Kaiser von Rußland ein Geschenk machen, zu dem jedes Blatt 10 Franks beisteuern sollte. Nachdem die russische Botschaft zu verstehen gegeben hatte, der Zar wünsche keine Geschenke zu empfangen, schien der Plan des Syndikats in die Brüche gegangen zu sein, und stockte die Subskription. Jetzt hört man, daß der Präsident des Preßsyndikats nach einer Anfrage am geeigneten Orte und einer günstigen Antwort dem Schlachtenmaler Detaille Auftrag ertheilt hat, irgend eine Episode aus der Truppenschau in Chalons zu malen. Senator Adrien Hebrard hat dem Künstler die Wahl seines Sujets überlassen und ihn nur gebeten, sein Bild ganz anders zu halten, als der russische Maler Bogolubow das seinige, das die Flottenschau in Cherbourg darstellen wird. Bogolubow malt für ein Museum, folglich in einem weiten Rahmen; Detaille nimmt sich vor, die Bestellung in Wasserfarben auszuführen und seinem Gemälde einen bescheidenen Umfang zu geben, damit es um so eher in dem kaiserlichen Palaste zu Petersburg Platz finde, wo schon Zeichnungen und Malereien von seiner Hand, russische Soldaten darstellend, hängen.

Die Eisenbahnstatistik über den Fremdenbesuch während der Zarenfeste (2. bis zum 8. Oktober) liegt jetzt vollständig vor. Darnach sind auf dem Ostbahnhofe 140 000 Fahrgäste mehr eingetroffen, als in gewöhnlichen Zeiten, im Orleans-Bahnhofe 100 000, mit der Westbahn (Bahnhöfe St. Lazare und Montparnasse) 210 000, auf dem Lyon-Bahnhofe 270 000, auf dem Nordbahnhofe 120 000, darunter 10 000 Ausländer, auf der Bahn von Vincennes nach Paris 90 000, im Ganzen 930 000 Personen, die um der Feste willen gekommen sind, abgesehen von dem gewöhnlichen Verkehr.

Paris, 14. Oktober. Der „Temps" weist heute die Versuche der französischen Monarchisten zurück, aus dem Zarenbesuch Kapital für eine monarchistische Bewegung zu schlagen. Das Volk habe freilich nicht „Vive la république!" gerufen, aber nur aus taktvoller Rücksicht auf die kaiserlichen Gäste, welche ihrerseits deutlich zu erkennen gegeben hätten, daß sie keine Partei der anderen vorziehen, sondern die bestehenden Einrichtungen Frankreichs achten, ohne sich in dieselben einmischen zu wollen. Die Monarchisten können sich für ihre Bestrebungen also in keiner Weise auf den Zaren berufen.

Italien.

Rom, 11. Oktober. Der Zufall, daß sich etwa zur selben Zeit, in welcher das Selbstvertrauen der französischen Nation durch den Besuch des Zaren so außerordentlich gestärkt wurde, ein Einverständniß auf handelspolitischem Gebiete zwischen Frankreich und Italien anzubahnen scheint, hat den römischen Oppositionsblättern Anlaß gegeben, zwischen diesen Ereignissen einen ursächlichen Zusammenhang zu konstruiren und das Ministerium Rudini der Lauigkeit gegen den Dreibund, ja vertragsbrüchiger Absichten zu beschuldigen. Angesehene Blätter, wie die „Tribuna", scheuen sich nicht vor Andeutungen, als ob der Abschluß des tunesisch-italienischen Handelsvertrages und die schwebenden Verhandlungen über einen italienisch-französischen Schifffahrtsvertrag von dem römischen Kabinet deshalb auf alle mögliche Weise erleichtert worden seien, um sich mit dem wiederaufersthenden Frankreich gut zu stellen, die Bande des Dreibundes zu lockern und Anschluß an Frankreich und Rußland zu finden. Man versäumt natürlich auch nicht, in diesem Zusammenhage auf die Vermählung des Prinzen von Neapel mit der Prinzessin Helene von Montenegro hinzuweisen, wodurch Rußland und Italien einander näher gebracht werden. Aber es wäre eine Beleidigung des Herrn di Rudini, wollte man diese Unterstellungen der Oppositionspresse ernst nehmen. Rudini's Vertragstreue ist über jeden Zweifel erhaben, und im Uebrigen vermag man in der öffentlichen Meinung des Landes nicht die geringste Bewegung wahrzunehmen, die einem Abwenden von der Dreibundspolitik und dem Anschlusse an Frankreich günstig wäre. Die Pariser Feste haben in Italien allerdings eine gewisse Beunruhigung hervorgerufen, zugleich aber auch das Bewußtsein gestärkt, einen wie guten Schutz gegen alle Gefahren der Dreibund bilde. Daß sich Italien mit Frankreich auf guten Fuß zu stellen sucht, läuft den Absichten des Dreibundes nicht zuwider. So lange eine beachtenswerthe franzosenfreundliche Partei in Italien bestand, mochte es allerdings für den Dreibund bedenklich erscheinen, wenn das Einvernehmen zwischen Italien und Frankreich gar zu herzlich geworden wäre, aber heute besteht auch dieses Bedenken nicht mehr, weil in Italien keine franzosenfreundliche Partei von Belang mehr besteht. Die italienischen Republikaner, die für Frankreich schon deshalb Sympathien hegten, weil es eine Republik sei, sind über die Pariser Zarenbegeisterung sehr ergrimmt, und ihr Organ, die „Italia del Popolo", erklärt heute, ganz Frankreich sei ein Narrenkäfig. Von einem Bestreben, sich wieder an Frankreich anzuschließen, ist also nirgendwo in Italien die geringste Spur wahrzunehmen. Welche Folgerungen man in den politischen Kreisen des Landes aus den Pariser Zarentagen zieht, erhellt unter anderen bezeichnenden Kundgebungen der Presse aus einem Artikel des Abgeordneten Toracca im „Corriere della Sera". Nachdem Herr Toracca vorausgeschickt hat, daß er nicht sein persönliches Urtheil gebe, sondern die Anschauungen der maßgebenden Personen zusammenfasse, fährt er fort: „Der Zar könnte heute, fast mit noch größerem Rechte als Wilhelm I. nach Sedan, ausrufen: „Welch' eine Wendung durch Gottes Fügung!" König Wilhelm hatte einen großen Krieg durchkämpfen müssen, der Zar hingegen ist ohne einen Schuß der Schiedsrichter der Geschicke Europas geworden, das sich genöthigt sieht, auf die Einsicht und Mäßigung dieses Fürsten zu vertrauen. Was würde aus Europa werden, wenn eines Tages Frankreich und Rußland in einem europäischen Kriege den Sieg davontrügen? Man kann für diese Möglichkeit, die heute nicht mehr so völlig phantastisch ist, nur Entsetzen empfinden. Und gerade in diesem Augenblicke sollten wir in Italien anfangen, über den Dreibund zu diskutiren, seinen Nutzen in Frage zu stellen, seine Auflösung in Erwägung zu ziehen? Es mag sein, daß der Dreibund den Zweibund geboren hat, aber nur der erstere kann die Gefahren des letzteren abwenden."

Wenn diese Sätze, wie man unbedenklich annehmen kann, die Auffassung der Regierung widerspiegeln, so befindet sich das Ministerium Rudini in vollster Uebereinstimmung mit der öffentlichen Meinung des Landes.

Spanien und Portugal.

Lissabon, 14. Oktober. Die portugiesische Regierung hat einem französischen Ingenieur und einem französischen Werkmeister die Neugestaltung des Marine-Arsenals in Lissabon übertragen.

England.

London, 14. Oktober. Weder im Auswärtigen Amte noch in der amerikanischen Botschaft weiß man davon, daß, wie das „Reutersche Bureau" meldet, das amerikanische Kriegsschiff „Bancroft" sich mit Gewalt Eingang in die Dardanellen erzwingen und eventuell die Hülfe des amerikanischen Geschwaders unter Admiral Selfridge in Anspruch nehmen solle. Die Nachricht stand im Newyorker „Sun" und kam angeblich aus Washington. Da der „Sun" sagt, England habe in diesen Gewaltakt gewilligt, dies aber nach Informationen nicht der Fall ist, auch keinerlei Verhandlungen vorausgegangen sind, ist die Nachricht offenbar unwahr.

Die folgende, wohl nicht ganz wörtlich zu nehmende Geschichte befindet sich in der „Damenecke" der „Whitehall Review": Einige von uns glaubten, es würde gut sein, die Zarin um eine Audienz anzugehen und sie zu bitten, ihren Einfluß geltend zu machen, die Hand des Sultans zu hemmen. Ihre Majestät bewilligte die Audienz unter der Bedingung, daß sie streng geheim gehalten werden sollte bis zu ihrer Abreise von England. Eines Nachmittags trafen zwei von uns in Balmoral ein. Die junge Zarin empfing uns mit ernster Würde. Sie hatte ein herabwallendes weißes Seidenkleid angelegt. Ich legte unser Anliegen in aller Kürze vor. Die Zarin bemerkte, daß sie sich bis jetzt wenig in die Politik eingemischt habe. Dennoch sei sie bereit, Alles, was in ihrer Macht stehe, zu thun, um einen Kreuzzug (?) gegen die jetzt in Konstantinopel bestehenden Verhältnisse herbeizuführen. „Eine weiblichere oder christlichere That," bemerkte die Zarin, „als die Leiden der armen Armenier zu stillen, ist kaum denkbar. Seien Sie versichert, daß ich inniges Interesse nehme an der Sache, welche Ihnen am Herzen liegt."

Asien.

Shanghai, 5. September. Eine Neuigkeit die in Europa besonders interessiren dürfte: Li-Hung-Tschang soll nach seiner Rückkehr wieder auf seinen alten Posten Tientsin als Vizekönig der Provinz Chihli zurückkehren, unter Beibehaltung der höchsten Würde, die der Kaiser zu vergeben hat, der des ersten Großsekretärs der Wenhua-Thronhalle. Bei der letzten Staatsrathssitzung unter dem persönlichen Vorsitz des Kaisers wurde über die von Li-Hung-Tschang aus Europa eingetroffenen Berichte berathen, und der Kaiser selbst äußerte sich am Schlusse dieser Berathungen, Li wäre am Ende doch der beste Mann für den wichtigen Posten eines Vizekönigs von Chihli und eines kaiserlichen Höchstkommissars der Peiyang-Verwaltung, während der jetzige Vizekönig, Wang-Wen-Shao, eher für einen Posten am Kaiserhofe, als für einen Provinzgouverneur tauge. Keiner der Staatsräthe wagte es, der Ansicht des Kaisers zu widersprechen, zumal angenommen wird, daß der Kaiser diese Aeußerung nur auf die direkte Veranlassung der allmächtigen Kaiserin-Exregentin, der wärmsten Freundin Lis, gethan haben konnte. Es gilt deshalb als ausgemacht, daß Li in Tientsin wieder in seinen alten Yamen zurückkehrt, wo er auch mehr Selbstständigkeit und Macht besitzt, seine in Europa gesammelten Erfahrungen im günstigen Sinne für den europäischen Handel zu verwerthen. Sein gegenwärtiger Nachfolger Wang hat seine Unfähigkeit in krasser Weise bewiesen; alles geht drunter und drüber, es geschieht nichts für die Provinz, Seeräuber machen die Zufahrten nach Tientsin unsicher, die Dämme des Peihoflusses sind durchbrochen, ein großer Theil der Provinz ist überschwemmt und der Wasserstand im Peikofluß durch die Dammbrüche so gefallen, daß Dampfer überhaupt nicht mehr nach Tientsin gelangen können. Vor einigen Wochen hätten diese Dammbrüche mit Leichtigkeit ausgebessert werden können. Heute erfordert die Ausbesserung Tausende von Arbeitern und große Geldsummen, aber geschehen ist noch immer nichts, und in zwei oder drei Wochen wird der Peihofluß kaum mehr hinreichend Wasser für die chinesischen Frachtboote besitzen. Tientsin ist dann gegen den Seehandel abgesperrt. Kein Wunder, daß die „Peking and Tientsin Times" Proteste über Proteste gegen diese Mißwirthschaft enthält, und daß bereits die Gesandten in Peking um Intervention angegangen wurden. Auch Tschang-tschi-Tung, nach Li der mächtigste und erleuchtetste Mann in China, soll demnächst wieder seinen wichtigen alten Posten Nanking erhalten, da Liu-Kun-Yi wegen vorgerückten Alters um seine Entlassung eingekommen ist. Dann dürfte wohl die Versetzung der deutschen Instruktionsoffiziere und der deutsch gedrillten Ad-Astra-Brigade am Nanking nach Wusung, die in den letzten Wochen erfolgt ist, wieder aufgehoben worden. Mittlerweile hat Tschang-tschi-Tung auf seinem neuen Posten Hankau von deutschen Offizieren eine Militärschule gründen lassen, in der fünfhundert Studenten zu Instruktoren für die Provinzarmee von Hupe ausgebildet werden. Von Wichtigkeit ist auch die Thatsache, daß die vor Jahren in der Nähe von Hankau errichteten großen Eisenwerke ebenso wie die Kohlenminen von Hupe auf den Vorschlag ihres Gründers Tschang-tschi-Tung aus der Regierungsverwaltung in die Hände des geschickten Taotai Sheng übergehen und auf kommerzieller Grundlage weiter geführt werden. Die kaiserliche Bewilligung dazu ist bereits ertheilt worden. In diesen umfangreichen Eisenwerken soll das für die chinesische Zentralbahn erforderliche Material hergestellt werden. Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß die Lieferung von Lokomotiven und Waggons für die Tientsin-Peking-Eisenbahn voraussichtlich einer amerikanischen Firma zugesprochen wird, welche die niedrigste Offerte eingereicht hat. Durch die vorerwähnte Ueberschwemmung des Peihoflusses ist der Oberbau dieser Bahn so beschädigt worden, daß von einer Eröffnung in diesem Jahre gar nicht die Rede sein kann. Auch die Wusung-Sutschau-Eisenbahn wird erst im kommenden Jahre eröffnet. Die beiden durch den chinesisch-japanischen Vertrag dem fremden Handel erschlossenen Häfen Sutschau und Hangtschau werden offiziell am 1. Oktober eröffnet, und die Zollgebäude sind bereits hergestellt, die neuen Zollbeamten ernannt.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 15. Oktober. Von der tarifgesetzlichen Zollfreiheit ausländischer Postsendungen von 250 Gramm und weniger Bruttogewicht sind nach dem Beschlusse des Bundesraths vom 5. Juli 1882 die über die Grenzen gegen Oesterreich-Ungarn oder die Zollausschlüsse eingehenden Waarensendungen im Einzelgewicht von brutto 50 Gr. und darüber insoweit ausgeschlossen, als die Waaren einem Zolle von 100 Mark oder mehr für 100 Kilogr. unterliegen. In Folge dieser Bestimmung können Theeproben, soweit ihr Gewicht nicht weniger als 50 Gr. beträgt, aus dem hamburgischen Freihafengebiet nur nach vorheriger Zollabfertigung versandt werden. Da die hierdurch entstehende Erschwerung und Verzögerung der Probenexpedition als Uebelstand empfunden worden ist, so hat der Bundesrath in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, daß die vorerwähnte Ausnahme von der Zollfreiheit ausländischer Postsendungen von höchstens 250 Gr. Bruttogewicht auf die aus dem hamburgischen Freihafengebiet mit der Post eingehenden Theeproben im Einzelgewicht von brutto 250 Gr. und weniger keine Anwendung finden soll.

Nach dem gestrigen Beschlusse des Bundesraths werden an Stelle der in den Ausführungsbestimmungen zum Branntweinsteuergesetz vom 16. Juni 1895 vorgesehenen Brennsteuervergütung — deren Sätze alljährlich einer Revision zu unterliegen haben — vom 1. November d. J. an bei der steuerfreien Verwendung von Branntwein zu gewerblichen 2c. Zwecken folgende Brennsteuervergütungen für jedes Liter reinen Alkohols gewährt: a. falls der Branntwein zur Essigbereitung verwendet wird, 0,06 Mark, b. falls der Branntwein mit dem allgemeinen Denaturirungsmittel denaturirt wird, 0,015 Mark. Die beschlossene Erhöhung der Vergütung bei der Essigbereitung auf das Doppelte des bisherigen Satzes ist dadurch ermöglicht worden, daß sich während des ersten Jahres der Geltung der Branntweinsteuernovelle von 1895 (Juli 1895 bis Juni 1896) bei der neueingeführten Brennsteuer ein Ueberschuß von 1 339 734 Mark ergeben hat, welcher nach § 43 c des Branntweinsteuergesetzes vom 24. Juni 1887 und 16. Juni 1895 unter Aufrechterhaltung der bisher gewährten Brennsteuervergütungen zur Gewährung weiterer derartiger Vergütungen zu verwenden ist. Nach der Fassung des Gesetzes kommt hierbei zunächst die Erhöhung der Vergütung für den zur Essigbereitung verwendeten Branntwein in Betracht. Der mit dem bisherigen Vergütungssatz von 3 Mark für jedes Hektoliter Alkohol beabsichtigte Schutz der durch den Wettbewerb des aus Holz bereiteten Essigs (Essigessenz) bedrohten Alkoholessig-Industrie vor einer Vertheuerung ihres Rohmaterials hat sich nicht als ausreichend erwiesen; vielmehr hat die wachsende Konkurrenz des Holzessigs eine weitere Unterstützung der Alkoholessig-Industrie erforderlich gemacht. Da die eingeführte Erhöhung des Vergütungssatzes für den zur Essigbereitung verwendeten Branntwein die vorhandenen und fernerhin zu erwartenden Ueberschüsse nicht erschöpft, ist weiterhin eine Vergütung für denjenigen Branntwein, der mit dem allgemeinen Denaturirungsmittel denaturirt wird, mit Rücksicht darauf eingeführt worden, daß die dadurch herbeigeführte Ermäßigung des Branntweinpreises nicht auf eine gewisse Anzahl von Gewerbebetrieben beschränkt bleibt, sondern der breiten Masse der Bevölkerung für ihren häuslichen und kleingewerblichen Bedarf zu Gute kommt.

— Den Oberförstern Wiederhold zu Falkenwalde und Dan gen. Edelmann zu Rothensier, Reg.-Bez. Stettin, ist der Titel Forstmeister mit dem Range der Räthe vierter Klasse verliehen worden.

— Das Regenwetter der vorgestrigen Nacht hat den für den Bau der Stettin-Jasenitzer Bahn bei Frauendorf aufgeworfenen Damm unterspült und zum Einsturz gebracht, gleichzeitig ist in das tiefe Thal das Wasser eingedrungen und hat dasselbe in einen großen See verwandelt.

* In den Monaten Juli, August und September wurde die Thätigkeit der Sanitätswache in 331 Fällen in Anspruch genommen, davon entfallen 188 Hülfeleistungen auf die Wache selbst, während in 143 Fällen der Krankenwagen requirirt wurde. 62 verunglückte Personen wurden in Krankenhäuser, 39 in ihre Wohnungen überführt, dagegen in 42 Fällen der Transport abgelehnt. Die Hülfeleistung wurde erfordert 165 Mal bei Unfällen im Gewerbe, 91 Mal in Folge von Schlägereien, 44 in Folge von Krämpfen und plötzlichen Erkrankungen auf der Straße, 30 Mal bei Trunkenheit und einmal bei Selbstmord.

* In der Birkenallee geriethen letzte Nacht der Maurer Hugo Behrend und der Arbeiter Ludwig Willert in Streit, der bald in Thätlichkeiten ausartete. W. wurde von seinem Gegner in eine Schaufensterscheibe gestoßen und trug er eine erhebliche Verletzung an der Stirn davon; auf dem nächstgelegenen Polizeibureau wurde ihm von Samaritern der Feuerwehr ein Verband angelegt. B. hatte sich ebenfalls an der linken Hand verletzt, er suchte die Sanitätswache auf.

* Wegen Diebstahls wurde hier der Arbeiter Mau aus Lübzin verhaftet.

* Vor dem Hause Große Lastadie 56 wurde heute Vormittag in Folge eines Rohrbruches der Wasserleitung der Straßendamm überschwemmt. Die Ausbesserungsarbeiten wurden sofort in Angriff genommen.

— Gestern Nacht ist wiederum ein Einbruch verübt. Diebe verschafften sich dadurch in das Falkenwalderstraße 1 belegene Zigarrengeschäft von Wiedebusch Eingang, daß sie das Schloß der vom Flur in das Geschäft führenden Thür herausschnitten; sie entwendeten die Ladenkasse von ca. 100 Mark.

Eingesandt.

Eine Frage, welche in sanitärer Hinsicht von Interesse ist und schon seit lange die Behörde beschäftigt hat, scheint neuerdings in den Hintergrund gedrängt zu sein, nämlich die Frage des Betriebes von Mineralwasser-Fabriken. Dieser Betrieb wird in Berlin bereits seit dem Jahre 1888 durch Polizei-Verordnung geregelt und eine derartige Regelung war auch für Stettin beabsichtigt, denn bereits zu Anfang des vorigen Jahres hatte die kgl. Polizei-Direktion den Entwurf einer Polizei-Verordnung betreffend den Betrieb von Mineralwasser-Fabriken ausgearbeitet und denselben dem Magistrat überwiesen. Unter dem 14. März v. J. ist dieser Entwurf sodann vom Magistrat verschiedenen Interessenten zugestellt worden mit dem Ersuchen, etwaige Bemerkungen über Nothwendigkeit und Nützlichkeit des Entwurfs im Allgemeinen, sowie seiner einzelnen Bestimmungen dem Magistrat zugehen zu lassen, damit derselbe bei Prüfung des Entwurfs sich auf sachverständig zusammengestelltes Material stützen könne. Das Urtheil der Sachverständigen lautete der geplanten Verordnung günstig und auch der Magistrat trat derselben bei; trotzdem ist die Verordnung bisher nicht erlassen und die in Berlin bereits seit acht Jahren in Kraft getretenen Verordnungen, durch welche die Herstellung eines guten Mineralwassers, zu welchem nur destillirtes Wasser verwendet werden darf, bestehen für Stettin noch immer nicht. — Sollte die in sanitärer Hinsicht so wichtige Maßnahme von der Behörde wieder aufgegeben sein?

Ein Neugieriger.

Aus den Provinzen.

⊙ **Pasewalk**, 14. Oktober. Der für den 21. d. M. hier anberaumte Viehmarkt ist wegen der hier ausgebrochenen Maul- und Klauenseuche aufgehoben worden; der an demselben Tage anberaumte Pferdemarkt wird abgehalten.

W. Prenzlau, 14. Oktober. Anscheinend wegen finanzieller Verlegenheiten hat gestern der hier wohnhafte Hauptmann a. D. Saenger seinem Leben durch Erschießen ein vorschnelles Ende gemacht.

□ **Strasburg U.-M.**, 14. Oktober. Im Alter von 62 Jahren verstarb hier der Superintendent C. Nitzsch, welcher seit 19 Jahren an der hiesigen St. Marien-Gemeinde als Oberpfarrer thätig war.

Landwirthschaftliches.

Düngung der Rieselwiesen mit künstlichen Düngern. Vielfach herrschte lange Zeit die Ansicht, daß es einer besonderen Düngung der Rieselwiesen mit künstlichen Düngern nicht bedürfe, daß eine solche jedenfalls nicht besonders vortheilhaft sei. Man glaubt nämlich, daß sich im Rieselwasser die verschiedenen Nährstoffe in solcher Menge finden, daß durch dasselbe voller Ersatz für die entzogenen geliefert werde. — Wenn auch wiederholt schon das Unrichtige dieser Annahme klargelegt wurde, so beweisen verschiedene Mittheilungen aus landwirthschaftlichen Kreisen doch, daß auch heute noch einzelne Wiesenbesitzer bei der fehlerhaften Ansicht verharren, und wird es deshalb zur Klärung dienen, eine Antwort zu veröffentlichen, welche das österreichische landw. Wochenblatt in seiner letzten Nummer auf die Frage giebt, ob sich auch bei Rieselwiesen eine Düngung mit künstlichen Düngern rentire? Die Antwort lautet: Auch auf Rieselwiesen wird sich eine solche Düngung in den meisten Fällen rentiren. Da unsere Wiesen größtentheils auf humosen und daher stickstoffreichen Böden angelegt sind, und wir durch die stickstoffsammelnde Kraft der Leguminosen auch atmosphärischen Stickstoff in den Boden bekommen, so wird eine Zufuhr von Stickstoff durch Düngung meist überflüssig sein. Dagegen müssen wir die den Wiesenpflanzen nöthigen mineralischen Nährstoffe mittelst Kunstdüngung zuführen. — Am häufigsten mangelt es den Wiesenböden an Kali und Phosphorsäure, weshalb wir vor allem darauf bedacht sein müssen, diese Nährstoffe in reichlichen Mengen in den Boden zu bringen. Denn da der Nährstoffbedarf einer Heuernte auch unter nur mittleren Verhältnissen ein sehr hoher ist, so müssen wir die zu gebenden Mengen an Kunstdünger recht hoch bemessen. Eine jährliche, im Herbste zu gebende Düngung von 400 bis 600 Kilogramm Kainit und 300 bis 400 Kilogramm Thomasmehl pro ha dürfte jedoch in den meisten Fällen genügen. Genaue, für alle Verhältnisse zutreffende Angaben lassen sich hier nicht machen, vielmehr werden selbst unternommene, und durch einige Jahre fortgesetzte Düngungsversuche jedem Wiesenbesitzer am sichersten Aufschluß über das zu verwendende Quantum geben. — Ferner ist auch dem Kalkvorrath des Bodens stets sorgfältigste Beachtung zu schenken, da eine volle Wirkung und Ausnutzung der gegebenen Mineraldünger nur in Böden mit genügend hohem Kalkgehalt erwartet werden darf. Daß die Thomasschlacke neben Phosphorsäure zugleich ca. 50 Prozent rasch wirksamen Kalk enthält, ist als ein großes Vorurtheil derselben zu betrachten.

Gerichts-Zeitung.

— Das Schwurgericht zu Güstrow fällt gestern das Urtheil über den Direktor der Mecklenburger Kreditbank zu Parchim, Ehlers und Genossen, welche des betrügerischen Bankerottes der Bank und anderer von ihnen geführter Firmen, der Unterschlagung und der Beihülfe zu diesem Verbrechen angeklagt waren. Direktor Ehlers wurde zu 3 Jahren Zuchthaus, Tribsees zu 7 Monaten Gefängniß, Ehlers jun. zu 1 Monat Gefängniß und der Kolportagebuchhändler Leetsch aus Berlin wegen Beihülfe zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt.

— Die Strafkammer zu Frankfurt a. M. verurtheilte gestern den Kriminalschutzmann May wegen Verbrechens gegen den § 246 Str.-G.-B. in einheitlichem Zusammentreffen mit Kuppelei zu zwei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. Es handelte sich um Unterstützung der Wirthin des Eisenbahnhotels, welches zweifelhaften Personen als Absteigequartier diente. Der Hausbursche Schmal wurde wegen Beihülfe zur Kuppelei zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt. Die Wirthin ist seit gestern verschwunden.

— Als Beitrag zu den rechtlichen Folgerungen aus der preußischen Gesindeordnung von 1810 wird der „Volksztg." über eine Verhandlung vor der Strafkammer in Meve, Westpreußen, geschrieben: Eine schändliche Behandlung hat das fünfzehnjährige Dienstmädchen Pauline M. von ihrer Dienstherrin, der Besitzerfrau Katharina Böhnke und ihrer Tochter Bronislawa in Jesewitz erfahren. Da ihr der Dienst zu schwer war, sie auch öfters mißhandelt wurde, verließ die Pauline M. ihre Stelle, wurde aber durch den Gemeindediener wieder zurückgebracht, worauf sie eine tüchtige Tracht Prügel bekam. Gleich darauf entlief die M. wieder. Frau Böhnke rief nun dem Dienstjungen Kl. zu, die M. festzuhalten. K. lief ihr nach, ergriff sie und band ihr mit dem Leibriemen die Hände zusammen. Nun kam die Bronislawa B. hinzu, erfaßte die Riemen und schleifte die M. ins Haus, während der Dienstjunge ihr Stöße in den Rücken versetzte. Sie erhielt nun abermals eine tüchtige Tracht Prügel und entlief deshalb zum dritten Male. Nun befahl Frau B. dem Dienstjungen, er solle sich aufs Pferd setzen und die M., wenn er sie eingeholt hätte, aufs Pferd binden und zurückbringen. Diesen Befehl führte der Junge buchstäblich aus. Er ergriff die M., band ihre Hände mit dem Riemen wieder zusammen und befestigte dann den Riemen an dem Pferde und ritt so zu seiner Herrin zurück. Ein strafunmündiger Sohn der würdigen Frau leistete nicht nur Helfersdienst, sondern schlug das arme Opfer während des Transportes noch mit der Peitsche. Ein vorüberkommender Gastwirth machte dem grausamen Spiel ein Ende, zerschnitt die Fesseln des Mädchens und ermahnte dieses, ruhig zum Dienst zurückzukehren. Die Herrin wurde von der Strafkammer zu 30 Mark Geldstrafe verurtheilt, mit Rücksicht darauf, daß sie durch das Verhalten der M. gereizt worden war und ein Schaden nicht entstanden ist.

Kunst, Wissenschaft und Literatur.

Von Karl Stangen's Reise-Bureau, Berlin W., Mohrenstraße 10, sind jetzt die neuen **Reisepläne für das Jahr 1897** herausgegeben worden. Das Heft, in dem sie enthalten sind, ist sehr sauber ausgestattet und mit Illustrationen wie einer übersichtlichen Orientirungskarte versehen. Die Reisepläne richten sich nach allen Ländern der Erde; besonders sind dem Orient, Italien, Spanien, Tunis, Algier, Frankreich, Holland, Belgien, England, Schottland, Schweden, Norwegen, Dänemark, Rußland, Ostindien, Java, China, Japan und Amerika Besuche zugedacht. In den neuen Reiseplänen sind vielfach zweckmäßige Veränderungen angebracht. Das Bureau hat, wie aus der den Reiseplänen beigegebenen Statistik hervorgeht, nunmehr 573 Gesellschaftsreisen nach dem Auslande ausgeführt. Es hält an seinem Motto „Zum Vergnügen und zur Belehrung" auch diesmal fest und verspricht seinen Klienten alle Unbequemlichkeiten und Plackereien während der Reisen abzunehmen, „damit sich dieselben dem vollen Genuß hingeben können". Es übernimmt für den ausgeworfenen Preis sämtliche Ausgaben während der Reise für Fahrten, Führung, Verpflegung, Hotel, Ausflüge zu Wasser und zu Lande und für Trinkgelder. Die Reisepläne, die auf Verlangen kostenfrei ausgegeben werden, sind außerordentlich vielseitig und so eingerichtet, daß sowohl für diejenigen Touristen, denen genügend Zeit und reichliche Mittel zur Verfügung stehen, gedient ist, als auch denen, die in ihrer Zeit und in ihren Mitteln beschränkt sind.

Vermischte Nachrichten.

Berlin, 15. Oktober. Eine Versammlung von Ausstellern und Garantiefondszeichnern der Berliner Gewerbe-Ausstellern tagte gestern bei Keller in der Köpenickerstraße. Etwa 90 Personen waren erschienen. Die Versammlung nahm einen drolligen Verlauf. Einberufer war Herr Hühn, der Vater der Agitation zur Veranstaltung einer neuen Ausstellung in Berlin im Jahre 1897 unter Benutzung der vorhandenen Gebäude. Er legte aufs neue seinen Plan dar. In der Versammlung machte sich jedoch eine Abneigung gegen seine Persönlichkeit geltend, weil er ein ihm zur Seite gestelltes Hülfskomitee unbeachtet gelassen haben soll. Ein Herr, der sich „berufsmäßiger Schriftsteller" nannte, zog den Streit schließlich auf das persönliche Gebiet und das Durcheinander war fertig. Ehe sich's Herr Hühn versah, war er abgesetzt und ein anderer Vorsitzender gewählt. Erst jetzt begannen die eigentlichen Verhandlungen. Einstimmig sprach sich die Versammlung gegen eine Verlängerung der Ausstellung bis zum 1. November aus, beschloß dagegen ebenso einstimmig, an den Magistrat und die Stadtverordneten die Bitte zu richten, vorläufig noch keinen Beschluß über den Abriß der Gebäude im Treptower Park zu fassen, da „eine große Anzahl von Ausstellern, Interessenten, Garantiefondszeichnern die Fortsetzung der Ausstellung im Jahre 1897 in irgend einer Form (national oder international) plant". Nachdem die dahingehende Erklärung angenommen war, fiel es einem der Anwesenden ein, daß ja weder Magistrat noch Stadtverordnete Besitzer der Ausstellungsgebäude seien, also auch keinen Beschluß über den Abriß der Gebäude fassen können. Daher soll nur um Gewährung des Parks gebeten werden. Das bereits bestehende Komitee wurde bestätigt. Auf eine Anregung hin ergriffen etwa ein halbes Dutzend Herren ihre Hüte und gingen von Tisch zu Tische Geld sammeln, denn zum Krieg führen gehöre — wie begeistert ausgerufen wurde — Geld, Geld und nochmals Geld. Es schien ein nettes Sümmchen zusammengekommen zu sein, denn in einem der Hüte fand sich zu allgemeiner Freude ein Hundertmarkschein. Es wurde weiter beschlossen, ein Agitationsbureau ständig zu unterhalten. Der erwähnte Schriftsteller bemerkte, daß er dazu einen Raum im alten Reichstagsgebäude gratis zur Verfügung stelle. In der weiteren, nicht endenwollenden Diskussion stellte Direktor Eckhoff eine Berechnung über den Nutzen einer etwaigen 1897er Ausstellung an, die allerdings international sein müßte. Im ungünstigsten Falle könnten bereits bei ihrer Eröffnung (also unter Benutzung der bestehenden Gebäude) die Unkosten gedeckt sein und jede Eintrittsgeldeinnahme würde dann ein Gewinn für die Garantiefondszeichner sein. Die Sache könnte sich aber günstiger stellen, es wäre sogar möglich, daß bei der Eröffnung schon ein Ueberschuß von einer viertel Million vorhanden wäre. Eine Anzahl von Besuchern war nun des Scherzes müde und verließ das Lokal.

— An die Reform der Frauentracht geht nun in vollem Ernst ein Verein, der sich in den letzten Tagen in Berlin konstituirt hat. Es wurde in der ersten Sitzung beschlossen, die Propaganda gegen das Korset und die langen Röcke sofort zu eröffnen. Das Korset soll völlig von der Bildfläche verschwinden, die Röcke sollen durch -- Beinkleider ersetzt werden. Und an den letzten Punkten wird wohl die „Reform" scheitern, denn wenn die Frauen auch im übertragenen Sinne des Wortes nur allzu gern die Hosen anhaben, so scheuen sie doch erklärlicherweise in ihrer überwiegenden Majorität davor zurück, sich dieser Tracht im Haus und auf der Straße zu bedienen.

— Ein reicheres Mitglied des diplomatischen Korps hat schwerlich ein anderer Hof aufzuweisen als derzeitig jener des Quirinals in Rom. Zum Attachee der baierischen Gesandtschaft dortselbst wurde Freiherr Theodor von Cramer-Klett ernannt, der vor ein paar Wochen die juristische Schlußprüfung an der Münchener Universität befand. Cramer-Klett, erblicher baierischer Reichsrath, erst zweiundzwanzigjährig, gilt als ein Mann von siebzig bis achtzig Millionen. Er ist der einzige Sohn des 1884 verstorbenen Großindustriellen, Freiherrn von Cramer-Klett, der es vom Journalisten aus zum so vielfachen Millionär brachte. Er starb leider in dem Wahne, — verhungern zu müssen.

Lübeck, 14. Oktober. Es wird fortgesetzt zunehmende Hochwassergefahr den Bewohnern des südlichen Stadttheils und der am Travefluß gelegenen Dörfer durch wiederholte Kanonenschüsse angezeigt. Die Räumungsarbeiten erfahren erhebliche Förderung.

× **Triest**, 15. Oktober. Der Regen hat nachgelassen; die Wassermassen, welche sich in den Straßen stauten und beträchtlichen Schaden in allen Waaren-Magazinen angerichtet haben, sind verlaufen. Dagegen laufen aus der Umgebung Meldungen über Hochwasser ein.

Börsen-Berichte.

Stettin, 15. Oktober. (Amtlicher Bericht.) Wetter: Schön. Temperatur + 15 Grad Reaumur. Barometer 767 Millimeter. — Wind: OSO.

Weizen still, per 1000 Kilogramm loko 152,00—156,00, per Oktober 157,50 bez., per Oktober-November 157,00 B.

Roggen still, per 1000 Kilogramm loko 120,00—122,00, per Oktober 122,50 B., 122,00 G., per Oktober-November 122,50 B., 122,00 G.

Gerste per 1000 Kilogramm loko und kurze Lieferung neue inländische 125,00—161,00.

Hafer per 1000 Kilogramm loko pommerscher neuer 123,00 bis 130,00.

Spiritus matter, per 100 Liter à 100 Prozent loko 70er 36,6 nom., Termine ohne Handel.

Regulirungspreise: Weizen 157,50, Roggen 122,00, 70er Spiritus —,—.

Angemeldet: Nichts.

Nichtamtlich.

Petroleum fest, loko 11,10, Kasse 5/12 Prozent.

Rüböl unverändert, per 100 Kilogramm loko 53,50 B., per Oktober 54,50 B., per November-Dezember 54,25 B., per April-Mai 54,00 B.

Berlin, 15. Oktober. Weizen per Oktober 163,25 bis 162,75, per November —,—, per Dezember 162,25.

Roggen per Oktober 126,00 bis 125,75, per November 126,25, per Dezember 127,00.

Rüböl per Oktober 55,20, per Mai 54,50.

Spiritus loko 70er 37,00, per Oktober 70er 40,90, per Mai 70er 42,10.

Hafer per Oktober 130,75.

Mais per Oktober 95,25.

Petroleum loko 22,00.

London, 15. Oktober. Wetter: Trübe.

Berlin, 15. Oktober. Schluß-Kourse.

Preuß. Consols 4%	103,70	Petersburg kurz	216,00
do. do. 3½%	103,60	London kurz	203,55
do. do. 3%	98,40	London lang	202 15
Deutsche Reichsanl. 3%	97,90	Amsterdam kurz	168 25
Pomm. Pfandbriefe 3½%	100,20	Paris kurz	80 85
do. do. 3%	93,25	Belgien kurz	80,65
do. Neuländ. Pfdbr. 3½%	100,30	Berliner Dampfmühlen	117,75
3% neuländ. Pfandbriefe	93 90	Neue Dampfer-Compagnie (Stettin)	65,10
Centrallandsch. Pfdbr. 3½%	160 20	„Union", Fabrik chem Produkte	113,30
do. 3%	93,60	Varziner Papierfabrik	186,00
Italienische Rente	88 00	4% Hamb. Hyp.-Bank b. 1900 unk.	101,80
do. 3% Eisenb.-Oblig.	53,40	3½% Hamb. Hyp.-Bank unk. b. 1905	101,25
Ungar. Goldrente	103,25	Stett. Stadtanleihe 3½%	101,20
Rumän. 1881er am. Rente	100,25		
Serbische 4% 95er Rente	61,90	**Ultimo-Kourse:**	
Griech. 5% Goldr. v. 1890	30,30	Disconto-Commandit	205,90
Rum. amort. Rente 4%	87,20	Berliner Handels-Gesellsch.	149,50
Russ. Boden-Credit 4½%	103,80	Oesterr. Credit	239,00
do. do. von 1880	102,60	Dynamite Trust	121,10
Mexikan. 6% Goldrente	93 60	Bochumer Gußstahlfabrik	158,20
Oesterr. Banknoten	169,75	Laurahütte	158,60
Russ. Banknoten Cassa	217 20	Harpener	166,60
do. do. Ultimo	217,25	Hibernia Bergw.-Gesellsch.	176,10
National-Hyp.-Credit-Gesellschaft (100) 4½%	109,10	Dortm. Union St.-Pr. 6%	39,90
do. (100) 4%	125,75	Ostpreuß. Südbahn	88,25
do. (100) 4%	101,25	Marienburg-Mlawkabahn	89,90
do. unkß. b. 1905 (100) 3½%	100,75	Mainzerbahn	117,50
Pr. Hyp.-A.-B. (100) 4% V.—VI. Emission	102,20	Norddeutscher Lloyd	109,75
Stett. Vulc.-Act. Litt. B	161,90	Lombarden	43 30
Stett. Vulc.-Prioritäten	164,00	Luxemb. Prince-Henribahn	86,10
Stettiner Straßenbahn	102 00		

Tendenz: Fest.

Paris, 14. Oktober, Nachm. (Schluß-Kourse.) Träge.

	14.	13.
3% amortisirb. Rente	—,—	—,—
3% Rente	101,47½	101,52½
Italienische 5% Rente	88,35	88,35
4% ungar. Goldrente	—,—	—,—
4% Russen de 1889	101,70	101,60
3% Russen de 1891	91,85	91,75
4% unifiz. Egypten	—,—	105,95
4% Spanier äußere Anleihe	60,62	60,62
Convert. Türken	19,32½	19,30
Türkische Loose	93,50	92,00
4% türk. Pr.-Obligationen	419,00	417,00
Franzosen	775,00	774,00
Lombarden	—,—	—,—
Banque ottomane	529,00	528,00
„ de Paris	800,00	799,00
Debeers	704,00	697,00
Credit foncier	648,00	643,00
Huanchaca	87,00	85,00
Meridional-Aktien	597,00	591,00
Rio Tinto-Aktien	607,50	605,50
Suezkanal-Aktien	3340,00	3336,00
Credit Lyonnais	765,00	763,00
B. de France	—,—	—,—
Tabacs Ottom.	331,00	326,00
Wechsel auf deutsche Plätze 3 M.	122,25	122,25
Wechsel auf London kurz	25,16½	25,15½
Cheque auf London	25,18½	25,17½
Wechsel Amsterdam k.	206,00	206,00
„ Wien k.	208,00	208,00
„ Madrid k.	405,25	405,50
„ Italien	6,62	6,62
Robinson-Aktien	208,00	207,00
4% Rumänier	88,50	—,—
5% Rumänier 1892 u. 93	101,00	100,70
Portugiesen	25,62½	25,75
Portugiesische Tabaksoblig.	479,00	475,00
4% Russen de 1894	66,10	66,05
Langl. Estat.	122,00	120,00
3½% Russ. Anl.	98,75	98,85
Privatdiskont	—,—	—,—

3% Russen (neue) 91,25.

Köln, 14. Oktober, Nachm. 1 Uhr. Getreidemarkt. Weizen neuer hiesiger 15,75, fremder loko 18,00, neuer —,—. Roggen hiesiger loko 12,50, fremder loko 15,00, neuer —,—. Hafer neuer hiesiger loko —,—, fremder 14,50, neuer 12,00. Rüböl loko 59,00, per Oktober 57,90, per Mai 57,90. — Wetter: Trübe.

Hamburg, 14. Oktober, Nachm. 3 Uhr. Kaffee. (Schlußbericht.) Good average Santos per Oktober 50,50, per Dezember 51,25, per März 51,75, per Mai 52,25. Ruhig.

Hamburg, 14. Oktober, Nachm. 3 Uhr. Zucker. (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88% Rendement neue Usance frei an Bord Hamburg per Oktober 9,07½, per November 9,17½, per Dezember 9,27½, per März 9,65, per Mai 9,82½, per Juli 10,02½. Stetig.

Bremen, 14. Oktober. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Fest. Loko 6,80 B. Russisches Petroleum. Loko 6,60 B.

Amsterdam, 14. Oktober. Java-Kaffee good ordinary 50,00.

Amsterdam, 14. Oktober. Banca-Zinn 34,50.

Amsterdam, 14. Oktober, Nachm. Getreidemarkt. Weizen auf Termine steigend, per November 190 00, per März 89,00, per Mai —,—. Roggen loko steigend, do. auf Termine steigend, per Oktober 111,00, per März 117,00, per Mai 118 00. Rüböl loko 29,25, per Herbst 28,75, per Mai 1897 29,00 nom.

Antwerpen, 14. Oktober, Nachm. 2 Uhr — Minuten. Petroleummarkt. (Schluß-Bericht.) Raffinirtes Type weiß loko 18,50 bez. u. B., per Oktober 18,50 B., per November-Dezember 18,75 B., per Januar 19,00 B. Fest.

Antwerpen, 14. Oktober. Schmalz per Oktober 61,50. Margarine —.

Paris, 14. Oktober, Nachm. Rohzucker (Schlußbericht) ruhig, 88% loko 24,50 bis 23,75. Weißer Zucker fest, Nr. 3 per 100 Kilogramm per Oktober 27,12, per November 27,37, per November-Januar 27,62, per Januar-April 28,37.

Paris, 14. Oktober, Nachm. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen fest, per Oktober 20,20, per November 20,25, per November-Februar 20,35, per Januar-April 20,70. Roggen beh., per Oktober 13,75, per Januar-April 13,50. Mehl fest, per Oktober 42,20, per November 42,50, per November-Februar 42,85, per Januar-April 43,35. Rüböl ruhig, per Oktober 58,50, per November 58,50, per November-Dezember 58,50, per Januar-April 59,75. Spiritus fest, per Oktober 30,25, per November 30,50, per November-Dezember 30,75, per Januar-April 31,75. — Wetter: Milder.

Havre, 14. Oktober, Vorm. 10 Uhr 30 Min, (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler & Co.) Kaffee Good average Santos per Oktober 62,50, per Dezember 62,25, per März 62,75. Behauptet.

London, 14. Oktober. An der Küste — Weizenladung angeboten.

London, 14. Oktober, Nachm. 2 Uhr. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Englischer Weizen 1/2—1 Sh., fremder 1/2 Sh., Mehl und Mais 1/4—1/2 Sh., Gerste 1/4 Sh. über Montagspreise. Schwimmendes Getreide ruhig, schwimmender Weizen und Mais stramm.

Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 13 420, Gerste 1100, Hafer 41 490 Quarters.

Glasgow, 14. Oktober, Nachm. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 47 Sh. 1½ d.

Newyork, 14. Oktober, Abends 6 Uhr.

	14.	13.
Baumwolle in Newyork	7 15/16	8,00
do. in Neworleans	7,25	7,25
Petroleum Rohes (in Cases)	7,85	7,85
Standard white in Newyork	6,90	6,90
do. in Philadelphia	6,85	6,85
Pipe line Certificates Sept.	115,50*	115,50
Schmalz Western steam	4,65	4,95
do. Rohe und Brothers	5,25	5,25
Zucker Fair refining Moscovados	2,62	2,62
Weizen stetig.		
Rother Winter- loko	79,50	79,50
per Oktober	74,75	74,87
per Dezember	76,25	76,50
per März	—,—	—,—
per Mai	79,00	79,12
Kaffee Rio Nr. 7 loko	10,62	10,50
per November	9,75	9,70
per Januar	9,65	9 55
Mehl (Spring-Wheat clears)	3,00	3,00
Mais stetig,		
per Oktober	31,00	31,37
per Dezember	32,25	32,37
per Mai	34,50	34,75
Kupfer	10,75	10,75
Zinn	12,65	12,65
Getreidefracht nach Liverpool	4,50	4,50

* nominell.

Chicago, 14. Oktober.

	14.	13.
Weizen kaum stetig, per Okt.	68,37	69,50
per Dezember	69,37	70,25
Mais stetig, per Oktober	24,25	24,62
Pork per Oktober	6,85	7,25
Speck short clear	4,25	4,25

Woll-Berichte.

London, 14. Oktober. Wollauktion. Preise unverändert.

Wasserstand.

* **Stettin**, 15. Oktober. Im Revier 5,67 Meter = 18' 1".

Schiffsnachrichten.

= **Ostende**, 15. Oktober. Gestern scheiterten zwei Fischerbarken. Sieben Fischer ertranken. Außerdem werden 24 Fischerbarken, auf denen sich 90 Mann befinden, vermißt. Frauen und Kinder befinden sich an der Küste und schauen hoffnungslos nach den Barken aus. Dieser Anblick ist herzzerreißend.

Telegraphische Depeschen.

Köln, 15. Oktober. (Privat-Telegramm.) Hier ist das Gerücht verbreitet, daß ein Rekrutenextrazug in der Saargegend entgleist sei, wobei eine große Anzahl verwundet und etwa 50 getödtet. Aus Eifel angekommene Schaffner und Telegramme gestern abgefahrener Rekruten an hiesige Verwandte bestätigen diese Nachricht. Hiesige maßgebende Stellen sind noch ununterrichtet, doch laufen aus vielen Provinzstädten Anfragen ein.

Wien, 15. Oktober. In hiesigen diplomatischen Kreisen wird die Washingtoner Meldung, wonach Rußland seine Zustimmung zum Einlaufen der amerikanischen Flotte in die Dardanellen ertheilt habe, als unrichtig bezeichnet. Sollte Amerika diesen folgenschweren Schritt, welcher durch garnichts motivirt werden könne, ausführen, so geschehe dies auf eigene Gefahr und könnte, da die türkische Regierung in der letzten Zeit die Dardanellen durch Legung von Minen, Torpedos und Armirung der Landbefestigung genügend gesichert hat, außer dem Protest seitens der europäischen Mächte, auch zur Katastrophe der amerikanischen Flotte führen. Weiter wird versichert, daß seit einiger Zeit die diplomatischen Erörterungen zwischen den Mächten und der Pforte überhaupt ruhen.

Paris, 15. Oktober. Der Präsident Felix Faure, Meline und Hanotaux haben gestern seitens des chinesischen Botschafters in England das Porträt Li-Hung-Tschangs erhalten, welches dieser vor seiner Abreise von England zurückgelassen hatte.

Der Minister des Innern hat gestern die 100 000 Franks erhalten, welche der Zar für die Armen von Paris gespendet hat.

Aus Petersburg wird gemeldet, daß gestern Abend im Maria-Theater wieder eine franko-russische Kundgebung stattgefunden hat, indem die Marseillaise und die Russen-Hymne dreimal wiederholt wurde.

Der „Nord" veröffentlicht folgende Note: Die italienischen und griechischen Journale fahren fort, das Gerücht von dem Abschluß einer Allianz zwischen Rußland und der Türkei zu veröffentlichen. Wir sind in der Lage zu erklären, daß diese Nachricht absolut falsch ist, Rußland hat nur eine einzige Allianz und zwar mit Frankreich, alle anderen bestehen nur in der Phantasie der Blätter, welche für einen leicht zu errathenden Zweck aller Arten von sensationellen Nachrichten über Rußland verbreiten.

London, 15. Oktober. Der Unterstaatssekretär des Aeußern, Curzon, sprach gestern Abend in Glasgow und gab dabei folgende Erklärungen ab: Die Flagge, welche jetzt über Dongola wehe, werde demnächst auch über Khartum wehen. Bezüglich der orientalischen Frage meinte er, der Sultan sollte durch vereinten Druck der Mächte auf die Kniee gebracht werden. Der Sultan müsse sich einem indignirten Europa gegenüber sehen. Er protestirte gegen die Doktrin, als hätte England ein Monopol der Humanität und halte dafür, daß das europäische Konzert viel gethan habe, aber noch viel mehr thun könne.

London, 15. Oktober. Bis zur Stunde ist dem Minister des Aeußern noch keine Nachricht aus Paris zugegangen betreffend die Verweigerung der Auslieferung Tynans. „Daily Chronicle" und „Daily Mail" erklären, indem Frankreich der englischen Regierung diese Bitte und dem Henker Billington einen Kunden verweigere, bezahle es England mit gleicher Münze, da England systematisch die Auslieferung aller nach London gefl